

Hubert Laitko

Vorsichtige Annäherung

Akademisches *vis-à-vis* im Vorwende-Berlin

Die Wissenschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland waren ein schwieriges Kapitel im insgesamt komplizierten deutsch-deutschen Verhältnis zur Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit. Sobald aber der westliche Teil Berlins ins Spiel kam, wurden die Probleme noch um eine Größenordnung heikler. Grundsatz der Berlinpolitik der DDR war bekanntlich, West-Berlin nicht – wie es sich selbst verstand – als ein Land der Bundesrepublik Deutschland, sondern als eine „selbständige politische Einheit“ zu betrachten. Einen *modus vivendi* für beide Seiten, damit umzugehen, hatte schon das Vierseitige Berlin-Abkommen vom 3. September 1971 geschaffen.¹ Auch auf dieser Grundlage war die Anbahnung von Beziehungen über die Mauer hinweg ein Politikum ersten Ranges und bedurfte eines hohen Maßes an Diskretion und Pragmatismus; die Atmosphäre, die dabei herrschte, das Tempo, in dem verhandelt oder auch auf die lange Bank geschoben wurde, die Fortschritte, das Auf-der-Stelle-Treten und die Rückschläge, die dabei zu verzeichnen waren, spiegelten sehr genau den jeweiligen Stand des Ost-West-Verhältnisses und waren weit stärker von der politischen Großwetterlage abhängig als von den Qualitäten der unmittelbaren Akteure, obwohl deren Verhandlungsgeschick und Augenmaß eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich in Berlin in den achtziger Jahren deutsch-deutsche Akademiekontakte. Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin (West) agierte während ihrer ganzen Existenz – und bereits weit im Vorfeld ihrer Gründung – aktiv bei der Herstellung und Pflege von Kontakten zur Akademie der Wissenschaften der DDR, deren Zentrale in Ost-Berlin ansässig war. Die AdW ging darauf ein, die Sequenz der Kontakte läßt sich (wenn auch nicht ganz lückenlos) von Herbst 1984 bis Frühjahr 1990 nach den Akten dokumentieren und rekonstruieren.² Angesichts der Brisanz, die in der DDR sämtli-

¹ Vgl. Kotowski, „Vom Vorposten“, S. 261–264.

² Dabei sind lediglich die DDR-Akten zugänglich; die Akten der AWB unterliegen der Sperrfrist gemäß Bundesarchivgesetz. Die hier verwendeten Akten befinden sich im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (AAW Berlin). Dem Akademiearchiv bin ich für seine freundlich und großzügig gewährte Unterstützung bei der Recherche sehr zu Dank verpflichtet.

chen Kontakten zu West-Berlin beigemessen wurde, waren alle diesbezüglichen Schritte der AdW von der Zustimmung der von Günter Mittag geleiteten Arbeitsgruppe BRD beim Politbüro des Zentralkomitees der SED abhängig, mit der die Akademie nicht direkt, sondern über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR in Verbindung zu treten hatte.³ Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR behielt über die von ihm in der AdW installierte Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle (HAAK) die Vorgänge detailliert im Blick.⁴

Daß eine wissenschaftliche Einrichtung der DDR solche Kontakte zu einer West-Berliner Institution unterhielt und unterhalten durfte, war ein historisches Novum. Dies muß als ein Indiz dafür gewertet werden, daß die politische Führung der DDR ab Mitte der achtziger Jahre die Entwicklung wissenschaftlicher Kooperationen mit bestimmten – vorwiegend naturwissenschaftlichen – Institutionen in Berlin (West) für erforderlich hielt und daß sie den Kontakten zur AWB dabei eine gewisse Schrittmacherrolle beimaß. Mit diesen Prämissen waren die Verhandlungen zwar schwierig, aber nicht aussichtslos. Freilich überholte der Gang der Ereignisse die Bemühungen der Akteure. Als endlich alle Hindernisse aus dem Weg geräumt waren und die Kooperation Gestalt anzunehmen begann, wurde die Wiederauflösung der AWB bereits parlamentarisch vorbereitet, und die AdW näherte sich mit Riesenschritten dem Ende ihres Daseins. Zum Schluß demonstrierten sie deutsch-deutsche Gemeinsamkeit in einem parallelen Schicksal: Keine von beiden hatte ihr Ende selbst gewollt, beiden wurde es verordnet. Mit dieser ironischen Pointe führte die Geschichte jahrelanges Abwägen von Interessen und Ausloten von Möglichkeiten ad absurdum. Menschliches Handeln führt in der Regel zu Konsequenzen, die außerhalb der Intentionen seiner Akteure liegen. Oft geschieht das auf komplizierten Umwegen, in unserem Fall aber folgte die historische Negation der Handlungsabsichten dem Handeln selbst auf dem Fuße. Der Beitrag wählt unter allen Möglichkeiten der Darstellung die schlichteste, die chronologische Rekonstruktion, weil auf diese Weise die implizite Dramaturgie des Geschehens am deutlichsten hervortritt.

1. Die Jahre 1984–1986: Das Gründungsvorfeld im Ost-West-Koordinatensystem

Der Gedanke, in Westberlin eine Wissenschaftsakademie zu errichten, hatte hinreichende Gründe in der internen Entwicklungslogik des eigenen wissenschaftlichen Institutionennetzes. In den achtziger Jahren verfügte Berlin (West) über eine der dichtesten Wissenschaftslandschaften Europas,⁵ deren kommunikative Vernetzung durch eine Akademie fol-

³ Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 351.

⁴ Vgl. ebd., S. 93f. – In den Verteilerangaben der meisten Dokumente ist verzeichnet, daß eine Kopie an die HAAK übermittelt wurde; die Akten enthalten allerdings keinerlei Hinweise auf etwaige Einflüsse dieser Abteilung auf die in Rede stehenden Handlungen der Akademieleitung.

⁵ Vgl. Kreibich, *Wissenschaftsgesellschaft*, S. 534–602.

gerichtig erschien. Die exponierte geopolitische Stellung West-Berlins nötigte zugleich, das Gründungsprojekt – dessen komplizierte Geschichte hier nicht verfolgt werden kann – nicht nur als innere Angelegenheit des Landes zu behandeln, sondern es von vornherein zielstrebig im Koordinatensystem des Ost-West-Verhältnisses zu konfigurieren. In den kontroversen Debatten, mit denen die Artikulation und Durchsetzung des Projekts verbunden war, lief ständig eine auf dieses Verhältnis bezogene Argumentation mit. Wesentlicher Bezugspunkt war dabei die Tatsache, daß es in Ostberlin bereits eine Wissenschaftsakademie gab, die in Nachfolge der *Preußischen Akademie der Wissenschaften* (PAW) 1946 unter Besatzungsrecht als *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (DAW) gegründet worden war und sich seither zu einer Großorganisation der (vor allem naturwissenschaftlichen) Grundlagenforschung in der DDR entwickelt hatte. Die Protagonisten des West-Berliner Akademievorhabens mußten sich gegen aus unterschiedlichen politischen Lagern vorgetragene Bedenken zur Wehr setzen, die Gründung würde die politische Teilung der Stadt zementieren, sie würde im Osten als ein unfreundlicher Akt aufgefaßt werden und so die ohnehin beschwerlichen Ost-West-Wissenschaftskontakte noch mehr belasten usw.

Solchen Einwänden setzten die Verfechter des Akademiegedankens eine im ganzen überzeugende Strategie entgegen, die letztlich – wenn auch nur für eine kurze Zeit – zum Erfolg führte. Sie wurde in der von Wilhelm A. Kewenig im Mai 1984 vorgelegten „Gedankenskizze zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin“ formuliert – dem ersten kompakten Dokument zur Akademiegründung, das einem größeren Kreis zur Diskussion angeboten wurde. Der Jurist Kewenig, der in der IX. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin (West) unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker im Juni 1981 das Amt des Senators für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten (ab 17. März 1983: Wissenschaft und Forschung) übernommen hatte, war unter den unmittelbaren Protagonisten des Akademieprojekts einer der aktivsten und jedenfalls der politisch exponierteste.

Die erwähnte strategische Orientierung hatte drei Komponenten:

Erstens wurden den vorgetragenen Einwänden historische Erfahrungen entgegengehalten. So bemerkte Kewenig, auch der Umstand, daß die Tradition der Preußischen Akademie der Künste durch die Ost-Berliner Kunstakademie fortgesetzt wurde, hätte West-Berlin nicht daran gehindert, 1954 eine eigene Akademie der Künste ins Leben zu rufen.⁶

Zweitens wurde ausdrücklich darauf verzichtet, die Rechtsnachfolge der PAW zu beanspruchen. Kewenig schrieb dazu, die Gründungsidee knüpfe an die bedeutende Berliner Akademietradition an, „ohne der Frage irgendeine Bedeutung beizumessen, ob es sich nun bei der Neugründung um einen Rechtsnachfolger der alten Preußischen Akademie handelt oder nicht, da die Qualität der eigenen Arbeit und nicht eine mehr oder minder große Tradition über das Ansehen und die Wirkung einer Institution entscheidet“.⁷ Die CDU in

⁶ Vgl. Kewenig, „Konzeption“, S. 185f.

⁷ Ebd., S. 187.

West-Berlin mußte über ihren eigenen Schatten springen, damit ein dieser Partei angehöriger Senator einen solchen Gedanken aussprechen konnte. Es war aber genau der Punkt, der mit größter Wahrscheinlichkeit sicherstellte, daß die DDR auf publizistisches oder diplomatisches Störfeuer gegen die Akademiegründung verzichten würde.

Drittens wurde die AdW frühzeitig und offiziell von den Gründungsabsichten in Kenntnis gesetzt. Damit wurde der Ost-Berliner Seite signalisiert, daß sie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern die Möglichkeit erhalten sollte, eventuelle Monita vorzutragen, die auch eine faire Chance hätten, im Entscheidungsprozeß berücksichtigt zu werden.

Das Umfeld war im Jahre 1984 für eine direkte Kontaktaufnahme nicht ungünstig. Im Vorjahr hatte von Weizsäcker mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gesprochen, auch sein Nachfolger, Eberhard Diepgen, befürwortete Kontakte zur AdW. In die Sondierungen und Verhandlungen zur Vorbereitung eines deutsch-deutschen Wissenschaftsabkommens, die sich seit Ende 1973 hingeschleppt hatten, kam Bewegung. Anfang November 1984 besuchte der Präsident der DFG, Eugen Seibold, die AdW. In dieser Atmosphäre übersandte Kewenig am 24. September 1984 – fast ein Vierteljahr vor der Berufung des Gründungsausschusses! – ein Schreiben an Werner Scheler, in dem er diesen von der beabsichtigten Gründung der AWB in Kenntnis setzte und ein Gespräch anregte. Scheler antwortete am 2. November verbindlich und erklärte seine Bereitschaft zu dem vorgeschlagenen Treffen.⁸ Die lange Frist zwischen Kewenigs Brief und Schelers Antwort läßt vermuten, daß man in der Führung der SED von der Initiative aus West-Berlin überrascht war und kein Reaktionsmuster vorbereitet hatte. Offenkundig kam man aber zu dem Schluß, daß für die DDR-Seite eine Kontaktaufnahme opportun sei, denn das vorgeschlagene Gespräch fand am 14. Dezember 1984 im Präsidium der AdW statt und bildete den Auftakt zu einer Verbindung, die nicht wieder abriß, auch wenn zwischen den einzelnen Aktivitäten manchmal lange Zeiträume lagen.

Kewenig wurde von Senatsrat Helmut Meier begleitet, der einer der wichtigsten Wegbereiter der neuen Akademie war und später Chef ihres Wissenschaftlichen Stabes wurde. Meier, der schon am 9. Januar 1990 einem schweren Leiden erlag, hatte einen kaum zu überschätzenden Anteil an der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen beiden Institutionen; seine umfassende Kompetenz, seine unbedingte Verlässlichkeit und sein konziliantes Naturell verschafften ihm auch bei seinen östlichen Verhandlungspartnern hohes Ansehen.⁹ Auf der Jahresversammlung der AWB am 23. Mai 1990 würdig-

⁸ AAW Berlin, VA 16318: Scheler an Kewenig, 2. November 1984.

⁹ Ich hatte Gelegenheit, Helmut Meier bei einem Werkstattgespräch des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg kennenzulernen, und habe ihn als eine Persönlichkeit der damals „anderen Seite“ erfahren, in deren Nähe das häufig gebrauchte Schlagwort von den „menschlichen Kontakten“ unversehens zu einem Stück deutsch-deutscher Lebenswirklichkeit wurde.

te ihr Präsident Horst Albach die Lebensleistung Meiers und sagte: „Herr Meier hat die Kontakte zur Akademie der Wissenschaften der DDR geknüpft und gepflegt.“¹⁰

Beim Dezemborgespräch 1984 übergab Kewenig an Scheler die Mitgliederliste des wenige Tage später konstituierten Gründungsausschusses und erläuterte die Strategie der Akademiegründung. Der stellvertretende Generalsekretär der AdW, Herbert Meißner, der ebenfalls teilnahm, schrieb in der von ihm verfaßten Gesprächsnotiz: „Beim Gespräch war das Bemühen deutlich, Verständnis für das Anliegen zu finden, keine Belastung des Verhältnisses zwischen Westberlin und der DDR aufkommen zu lassen und Mißverständnisse oder Fehldeutungen (wie sie in der Westpresse erscheinen) zu vermeiden.“ Dafür sprächen insbesondere drei Indizien: erstens das Angebot weiterer Informationen im Prozeß der Ausarbeitung der Denkschrift; zweitens der Hinweis, daß eine solche Kontaktaufnahme mit der DDR noch von Herrn von Weizsäcker empfohlen worden sei; drittens die Mitteilung, daß dieses Gespräch in voller Übereinstimmung und Absprache mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen stattfinde.¹¹

Bis Dezember 1985 – also in der Phase, als der Gründungsausschuß an der Denkschrift arbeitete – weisen die Akten keine weiteren Kontakte aus. Anscheinend wartete die DDR-Führung ab, ob das Projekt tatsächlich aus den Startlöchern kommen und in welche Richtung es sich entwickeln würde. Erst nach Vorliegen der Denkschrift ist auf der DDR-Seite ein – nun aber sofort sehr intensiver – Prozeß der politischen Meinungsbildung zum Gründungsvorhaben nachweisbar. In diesem Prozeß durchdrangen realistische Einschätzungen und spekulative Mutmaßungen über den Charakter der geplanten Akademie einander, wobei der Realitätsgehalt der Urteile tendenziell zunahm. Längere Zeit blieb aber eine deutliche Überschätzung der bundespolitischen Relevanz der AWB erhalten; sie erschien als eine Art wissenschaftsstrategische Denkfabrik der Bundesregierung – eine Überhöhung, die die ihr entgegengebrachte politische Beachtung ersichtlich steigerte.

¹⁰ Albach, „Verfassungswidrigkeit“, S. 9. – Im Nachruf der AWB auf Helmut Meier wird auch dessen großes Verdienst auf dem Feld der Ost-West-Diskurse hervorgehoben: „Die für das Wirken von Helmut G. Meier charakteristische Verbindung von praktischer Tätigkeit und theoretischer Reflexion wird besonders deutlich an den Internationalen Deutschlandsberger Symposien, die bereits seit 1970 Wissenschaftstheoretiker und Technikphilosophen aus Ost und West zusammenführten. Er gehörte zu den Initiatoren und Mitveranstaltern und hat dort auch regelmäßig Vorträge übernommen. Helmut G. Meier hat die Erlanger Werkstattgespräche mit auf den Weg gebracht und im Wissenschaftlichen Beirat des IGW der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg an der Entwicklung der Forschungskonzeption des Instituts entscheidend mitgewirkt. Wenn heute fruchtbare Kontakte zwischen den Wissenschafts- und Technikphilosophen in der Bundesrepublik und in der DDR bestehen, so gründet sich dies auch auf sein beharrliches Wirken und Bemühen um wechselseitiges Verständnis bei grundsätzlich divergierenden Sichtweisen“. Vgl. „Nachruf“, S. 316f.

¹¹ AAW Berlin, VA 16318: Information über ein Gespräch des Senators für Wissenschaft und Forschung des Westberliner Senats, Professor Dr. Wilhelm Kewenig, mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Professor Dr. Werner Scheler, am 14. Dezember 1984, 14.00 Uhr, im Haus der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Die Einladung zu der Festveranstaltung, auf der die Denkschrift für die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin (West) vorgestellt wurde, mußte Scheler ablehnen (so hatte er auch bei allen weiteren hochoffiziellen Events zu verfahren, bei denen Bundesprominenz vertreten war oder deren Anwesenheit vermutet wurde); in einem Schreiben vom 19. Dezember 1985 äußerte Kewenig sein Bedauern über Schelers Fernbleiben und sandte ihm ein Exemplar der Denkschrift zu. Nach Kenntnisnahme des Textes wurden im ersten Quartal 1986 in Ost-Berlin mehrere Papiere erarbeitet, die eine Positionsbestimmung zum Akademieprojekt versuchten. Diese Papiere sahen in der West-Berliner Initiative zwei Grundmotive am Werk: das herkömmliche Motiv der Systemkonfrontation und ein dem Komplex des *neuen Denkens* zugehöriges Motiv des gutnachbarlichen Neben- und Miteinanders. Betrachtet man sie zusammen mit den einschlägigen Ausarbeitungen der nächsten Jahre in chronologischer Folge, so zeigt sich, daß in der Wahrnehmung der Ost-Berliner Seite mit der Zeit der zunächst noch sehr ausgeprägte konfrontative Zug in den Hintergrund, der kooperative jedoch in den Vordergrund trat.

Mitte Januar 1986 lag – als erste Reaktion auf die Denkschrift und als Instruktion für die AdW – ein Arbeitspapier der von Walter Müller geleiteten Abteilung Westberlin des MfAA vor,¹² das von Außenminister Oskar Fischer an Scheler mit dem Vorschlag übersandt wurde, eine gemeinsame Position von Außenministerium und Akademie zu erarbeiten, die nach Konsultation mit der sowjetischen Seite der Parteiführung der SED zur Bestätigung vorgelegt werden sollte.¹³ In diesem Schriftstück wurde ein bedeutendes Interesse „an der Mitarbeit hervorragender Wissenschaftler der sozialistischen Länder an der Westberliner Akademie“ vermutet. Eine eventuelle künftige Mitarbeit sollte davon abhängig gemacht werden, „ob sie für die Wissenschaft und die Bewältigung insbesondere von wissenschaftlich-technischen Schlüsselproblemen in sozialistischen Ländern von solchem Gewicht ist, daß sie gegenüber der vom Gegner verfolgten Zielsetzung als vorrangig zu bewerten ist. Auch die internationale Vorstellung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen in sozialistischen Ländern auf geeigneten Gebieten könnte eine solche Mitwirkung an Arbeiten der Westberliner Akademie rechtfertigen“. Interessant an dieser Passage ist nicht die tradierte Redeweise vom „Gegner“, sondern die Güterabwägung, die die ideologischen Positionen relativiert.

Seitens der AdW wurde auch das Akademie-*Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft* (ITW) in die Standpunktbildung einbezogen. Dieses auf Wissenschaftsforschung spezialisierte Institut hatte sich schon vorher im Rahmen vergleichender Studien zur Entwicklung der Wissenschaftspotentiale verschiedener Länder auch mit der Evolution der Wissenschaftslandschaft in West-Berlin befaßt und dazu im März 1985 das

¹² AAW Berlin, VA 10554: Zur Bildung einer „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ in Westberlin.

¹³ AAW Berlin, VA 10554: Fischer an Scheler, 20. Januar 1986. Die bisher durchgesehenen Akten geben keine Aufschlüsse darüber, ob die mehrfach angesprochenen Abstimmungsversuche mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten tatsächlich stattgefunden haben; sollte es sie gegeben haben, dann können sie jedenfalls nicht effektiv gewesen sein – andernfalls hätten sich ihre Auswirkungen im weiteren Vorgehen der AdW zeigen müssen.

Informationsmaterial „Aktuelle Entwicklungstendenzen der Forschungs- und Technologiepolitik in Westberlin“ vorgelegt. Nun verfaßten Institutsdirektor Günter Kröber und dessen Mitarbeiter Charles Melis im Auftrag von Scheler – offenbar unter rigiden Zeitvorgaben ebenfalls im Januar 1986 – eine zunächst auf den politischen Aspekt beschränkte Positionsbestimmung zur Denkschrift.¹⁴ Die Autoren schrieben, daß der Senat von Berlin (West) unabhängig von seiner jeweiligen parteipolitischen Färbung eine langfristige Strategie des Ausbaus der Spitzenforschung verfolge, und hoben in diesem Zusammenhang hervor, daß das Akademievorhaben als wissenschaftsorganisatorisches Projekt von eigenständigem Interesse sei und einer inhaltlichen Analyse bedürfte; eine solche Analyse war in einer von Klaus-Dieter Wüstneck im Frühjahr 1988 vorgelegten Studie enthalten, auf die weiter unten eingegangen wird. Kröber und Melis bewerteten die Erklärung Kewenigs, daß das Akademieprojekt nicht als ein Konkurrenzunternehmen zur AdW anzusehen sei und deren Rechtsstatus nicht berühre, als verlässlich. Sie empfahlen jedoch, die Regierung der DDR oder die AdW sollten die in Aussicht genommene Bezeichnung „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ beanstanden, da sie dem besonderen politischen und rechtlichen Status von West-Berlin nicht Rechnung trage. Die DDR-Seite enthielt sich allerdings, entgegen ihren Gepflogenheiten in ähnlichen Fällen, im weiteren einer solchen Beanstandung, zumindest trug sie sie nicht in Gestalt einer massiven Intervention vor; dies spricht dafür, daß gegen Ende der DDR in der Politik des ostdeutschen Staates pragmatische Gesichtspunkte gegenüber der symbolischen Behauptung ideologischer Positionen stärker in den Vordergrund traten.

Die politische Bewertung der Denkschrift wurde durch eine juristische ergänzt, die der Generalsekretär der AdW, Claus Grote, bei dem Justitiar und Leiter der Rechtsstelle der Akademie, Richard Klar, in Auftrag gab. Nach Klars Expertise¹⁵ sei die Denkschrift, die selbst keine rechtliche Verbindlichkeit besitze, als Vorstufe für 1986 bzw. 1987 zu erwartende rechtliche Maßnahmen (Akademiegesetz, Statut) anzusehen. Auch er erachtete den vorgesehenen Namen für kritikwürdig, da er bis auf das Attribut *deutsch* mit der früheren Bezeichnung der DDR-Akademie (DAW zu Berlin) identisch sei und deshalb zu Verwechslungen Anlaß geben könnte. Das konzipierte Profil der AWB beurteilte er als ein eher nicht-akademisches, weil weder eine universelle Repräsentanz der wissenschaftlichen Disziplinen angestrebt werde, noch auch nur eine abgestimmte Auswahl von Arbeitsrichtungen erkennbar sei. Dies zeige den „Gegensatz zwischen dem Anspruch, eine AdW gründen zu wollen, und dem Unvermögen, eine solche Akademie auch in wissenschaftlicher Hinsicht konstituieren zu können“. Die von Udo Kirmse geleitete Abteilung *Nichtsozialistische Län-*

¹⁴ AAW Berlin, VA 10554: Prof. Dr. G. Kröber, Dr. Ch. Melis, Position zur „Denkschrift für die Gründung einer Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ in Westberlin. – Dieses Papier wurde an Politbüromitglied Kurt Hager, an den Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED Johannes Hörnig sowie an Außenminister Fischer übermittelt. AAW Berlin, VA 10554: Scheler an Hager, 21. Januar 1986; Scheler an Hörnig, 21. Januar 1986; Scheler an Fischer, 28. Januar 1986.

¹⁵ AAW Berlin, VA 13977: Einschätzung von Klar für Grote, 27. Februar 1986.

der/Internationale Organisationen (NSL/IO) im Bereich des Generalsekretärs der AdW sollte sicherstellen, daß die Akademie über alle weiteren Aktivitäten zur Gründung auf dem laufenden bleibe. Im weiteren wird gezeigt werden, daß der innovative Gehalt der Gründungsidee, der dieser juristischen Begutachtung entging, bei ihrer Analyse seitens der Wissenschaftsforscher des ITW durchaus wahrgenommen wurde.

Schließlich legte Grote Ende Februar 1986 für die Montagsberatung beim Akademiepräsidenten ein Arbeitspapier vor, das ein vorläufiges Fazit der bis dahin geführten Beratungen zog.¹⁶ Danach setzte die offizielle Überreichung der Denkschrift durch Kewenig an Scheler die seit 1984 erkennbaren Bemühungen des Senats von Berlin (West) fort, „die AdW der DDR mit einer gewissen Kontinuität über den Stand und die grundsätzlichen Probleme der Gründungsaktivitäten zu informieren“.¹⁷ Notwendige öffentlichkeitswirksame Reaktionen der AdW auf bestimmte Teilaussagen der Denkschrift sollten bei konsequenter Vertretung des Standpunktes der DDR von dem Grundsatz ausgehen, daß dabei „das Recht der Westberliner Seite zur Gründung einer AdW in Westberlin nicht in Frage gestellt und die spätere Existenz dieser Akademie im Prinzip akzeptiert wird“.¹⁸ Die Gründung würde wahrscheinlich zur Formierung eines bedeutenden Forschungspotentials mit Auswirkungen auf die Entwicklung entscheidender Wissenschaftsgebiete führen. Man sollte eine Entscheidung darüber vorbereiten, ob und unter welchen Bedingungen „eine Beteiligung an der wissenschaftlichen Tätigkeit dieser Institution notwendig und deshalb anzustreben ist und ob diese Interessen von solchem Gewicht sind, daß sie trotz der erkennbaren politischen Probleme zu verfolgen sind.“¹⁹ Zu dieser Frage sollte der 1. Vizepräsident eine Studie vorlegen. Damit war die politische Standpunktbildung im Gründungsvorfeld im wesentlichen abgeschlossen. Es war nunmehr klar, daß eine mögliche wissenschaftliche Kooperation politisch nicht grundsätzlich ausgeschlossen wurde. Ihre Realisierung war zu einer Zweckmäßigkeitsfrage geworden, die rationaler Prüfung unterlag.

Nach dieser Klärungsphase folgte wieder eine Periode des Abwartens, während in West-Berlin die parlamentarische und außerparlamentarische Auseinandersetzung um die Legitimität und Zweckmäßigkeit der Akademiegründung auf vollen Touren lief und die Beschlußfassung des Abgeordnetenhauses vorbereitet wurde. In drei ausgedehnten Sitzungen diskutierte der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für Wissenschaft und Forschung gegen Ende 1986 den Entwurf des Gründungsgesetzes und hörte dazu Experten. Nach den Protokollen ging es hauptsächlich darum, wie die vorgesehene Akademie am besten in die West-Berliner Wissenschaftslandschaft einzufügen sei und ob diese einer solchen Ergänzung überhaupt bedürfe; das Problem der Ost-West-Beziehungen spielte an dieser Stelle nur eine sehr geringe Rolle. Lediglich Hans Kremendahl (SPD) bestand beharrlich auf Aus-

¹⁶ AAW Berlin, VA 10554: Bestimmung der Position der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Westberlin, 28. Februar 1986 (Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung einer Sekretariatsvorlage).

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

sagen zu dieser Frage.²⁰ Der Vorsitzende des Gründungsausschusses, Klaus Pinkau, bemerkte dazu, Berlin könne mit Recht einen Anspruch erheben, der über die unmittelbaren Grenzen dieser Stadt hinausgeht, habe aber zugleich im politischen Geschehen eine „exzentrische Lage“, und darin liege der besondere Reiz, die Akademie gerade hier zu verwirklichen; natürlich wolle sie auch mit der DDR, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA in Wechselwirkung treten.²¹ Das deutsch-deutsche Klima auf dem Gebiet der Wissenschaftsbeziehungen verbesserte sich 1986 speziell in bezug auf West-Berlin definitiv. Zum positiven Ausgang der Verhandlungen um ein Kulturabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten, dessen Wortlaut in der Bundesrepublik bereits vor dem offiziellen Abschluß veröffentlicht wurde,²² betonte Johannes Kuppe im *Deutschland Archiv*, daß damit zwei bislang bestehende Hindernisse beseitigt werden konnten: „Die volle Einbeziehung von Berlin (West) ist gewährleistet (Art. 13), und die jahrelang von der DDR geforderte ‚Rückverlagerung‘ von Beständen der ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘ wird nicht mehr zur Vorbedingung erhoben (‚Gemeinsame Protokollerklärung‘). Gerade dieses Kulturabkommen macht deutlich, daß trotz fortbestehender grundsätzlicher Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten ein nicht unbeträchtlicher Spielraum für praktische Verbesserungen der innerdeutschen Beziehungen besteht.“²³ In diesem verbesserten Klima erblickte Diepgen neue Möglichkeiten auch für Westberlin. Vor dem Hamburger *Übersee-Club* votierte er am 4. Februar 1986 für eine pragmatische Deutschlandpolitik, die darauf ziele, die Gemeinsamkeiten durch Zusammenarbeit zu vertiefen, aber frei von Illusionen sei. In einem auf dieser Rede fußenden Aufsatz heißt es: „Natürlich will sich die DDR mit einer solchen Zusammenarbeit selbst stabilisieren und ihre Reputation erhöhen. Wir erhoffen uns dagegen von einer solchen Zusammenarbeit vor allem eine Stärkung des menschlichen Miteinander im geteilten Deutschland. Wer diese unterschiedlichen Zielsetzungen erkennt, kann behutsam und nüchtern möglichst viel seines eigenen Interesses durchsetzen. Der anderen Seite wird er es ebenso zugestehen müssen.“²⁴ In diesem Zusammenhang nannte Diepgen den Technologietransfer, auch wenn nicht explizit von Wissenschaftskooperation die Rede war. Dieser deutschlandpolitische Realismus blieb im Westen nicht unwiderrprochen. So prangerte ein Kommentator im *Deutschland Archiv* die Verfechter eines „Berliner Sonderweges“ der „Normalisierung mit seinem Umland“²⁵ an; er argumentierte, noch ganz in der Logik des Kalten Krieges, dieser Weg könne letztlich nur zum Anschluß West-Berlins an die DDR führen und sei von der DDR auch so gemeint. Er drohte, die Protagonisten einer solchen Politik dürften sich „nicht wundern, wenn das Engagement der deutschen Wirtschaft in Berlin erlahmt“.²⁶

²⁰ Protokoll des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, 31. Sitzung, 3. November 1986, in: *Jb. der AWB* 1987, S. 318.

²¹ Ebd., S. 325.

²² „Dokumentation“, S. 219–221.

²³ Kuppe, „Forcierte Gangart“, S. 229.

²⁴ Diepgen, „Perspektiven“, S. 272.

²⁵ Ralph Georg Reuth: „Normalisierung à la Diepgen“, in: *FAZ* vom 30. September 1986, S. 12.

²⁶ Seiffert, „Zur Rolle Berlins“, S. 1273f.

Im April 1986 fand in West-Berlin ein Wechsel im Amt des Senators für Wissenschaft und Forschung statt, an die Stelle von Kewenig trat der Jurist George Turner. Wie es scheint, hat dieser den von seinem Amtsvorgänger aufgenommenen Kontakt erst im März 1987 fortgesetzt, kurz vor der Verabschiedung des Akademiegesetzes durch das Abgeordnetenhaus. Obwohl sich im Berliner Jubiläumsjahr die generelle politische Atmosphäre zwischen Ost- und West-Berlin wieder verschlechterte und es zu den gegenseitigen Besuchen der jeweiligen Jubiläums-Festakte durch Diepgen und Honecker, zu denen Einladungen ausgetauscht worden waren, letztlich nicht kam, hat die Anbahnung der Akademiebeziehungen darunter offenbar nicht gelitten.

2. Die Berliner Akademiekontakte und die Frage der Rechtsnachfolge der Preußischen Akademie der Wissenschaften

Die Frage der Rechtsnachfolge hätte durchaus zum zentralen Stein des Anstoßes für die Berliner Akademiebeziehungen werden können. Daß sie es nicht wurde, ist dem pragmatischen Herangehen auf beiden Seiten zuzuschreiben und ist ein Indiz dafür, wie flexibel die deutsch-deutschen politischen Beziehungen um die Mitte der achtziger Jahre bereits geworden waren. Sie hat die Entwicklung der Kontakte zwar tangiert, aber nicht blockiert.

Historisch wurzelt diese Frage in Vorgängen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die westlichen Besatzungsmächte waren an der Weiterführung der PAW, deren in Berlin verbliebene Mitglieder ihre Arbeit fortgesetzt und am 21. Juni 1945 im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem Johannes Stroux zum neuen Präsidenten gewählt hatten, offenbar nicht interessiert. Jedenfalls beschloß die Alliierte Kommandantur am 27. Oktober 1945, den Etat für die Akademie im Haushalt des Berliner Magistrats zu streichen; dieser Beschluß wurde am 15. März 1946 noch einmal erneuert. In dieser Lage bot sich für die Akademie, die am 27. Dezember 1945 ihren Namen in *Deutsche Akademie der Wissenschaften* änderte, als existenzsichernder Ausweg die Unterstellung unter die *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung* (DZVV) in der Sowjetischen Besatzungszone an. Dem gemeinsam von Stroux und dem DZVV-Präsidenten Paul Wandel eingereichten Antrag auf Wiedereröffnung gab der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland mit dem Befehl Nr. 187 statt.²⁷ Die westlichen Alliierten hatten die Gelegenheit zur Einflußnahme selbst aus der Hand gegeben, verzichteten auf Proteste und waren auf der feierlichen Eröffnungsveranstaltung der DAW vertreten.²⁸ Nach der Spaltung Berlins befand sich so die West-Berliner Verwaltung in der Akademiefrage in keiner besonders günstigen Situation. Immerhin konnte sie sich den Umstand zunutze machen, daß in ihrem Zuständigkeitsbereich ein kleiner Teil des Vermögens der ehemaligen PAW vertreten war. Der CDU-SPD-Senat un-

²⁷ Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, Nr. 125, S. 456f.; Nr. 132, S. 464; Nr. 136, S. 467–472.

²⁸ Nötzoldt, „Wissenschaft in Berlin“, S. 127–129; Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 27f. und 32f.

ter Otto Suhr stellte sich auf den Standpunkt, daß die PAW keineswegs in die DAW übergegangen sei, sondern vielmehr juristisch fortbestehe. Davon ausgehend bestellte am 14. Juni 1955 der damalige Volksbildungssenator Joachim Tiburtius den Charlottenburger Rechtsanwalt Prof. Dr. Werner Küster zum *Notvertreter* für die PAW; am 17. Februar 1956 sprach der Justizsenator Valentin Kielinger die Ernennung des gleichen Anwalts zum *Ersatzvorstand* für zwei früher bei der PAW bestehende Stiftungen – die Albert-Samson-Stiftung und die Hermann und Elise geb. Heckmann Wentzel-Stiftung²⁹ – aus.

Bei Aufnahme der Akademiekontakte war sich die DDR-Seite nicht sicher, ob die Gegenseite nicht, ungeachtet des in der Gründungsdenkschrift ausgesprochenen Verzichts, doch noch in irgendeiner Weise auf der Rechtsnachfolge bestehen würde. Diese Skepsis kommt in Klars Einschätzung vom März 1986 zum Ausdruck: Die Denkschrift erkläre zwar, daß die AWB rechtlich nicht an die PAW anknüpfe, sage aber nichts darüber, daß die Rechtsnachfolge der AdW nach der PAW anerkannt werde; dies lasse dem Senat von Berlin (West) erheblichen Spielraum, um auf die PAW zurückzugreifen.³⁰ In dem Anfang 1986 verfaßten Entwurf eines Schreibens von Scheler an Turner wird Besorgnis über Presseveröffentlichungen (*Die Welt* vom 16. Dezember 1985) ausgedrückt, in denen die Notwendigkeit der Errichtung einer Akademie in Berlin (West) mit dem Argument begründet werde, daß die PAW keinen Rechtsnachfolger habe.³¹

Im Oktober 1987 kam es zu einem Treffen von Scheler und Turner. Nach der Gesprächsdirektive brachte Scheler die Erwartung seiner Akademie zum Ausdruck, daß der Senat von Berlin (West) die Tätigkeit des *Notvertreeters* beenden und die in Westberlin gelegenen Vermögenswerte der PAW an die AdW zurückgeben solle; in einer der Direktive beigefügten Anlage wird festgestellt, daß 1969/70 seitens der DDR eine Dokumentation dieser Vermögenswerte erarbeitet und der Abschlußbericht im Januar 1971 dem Leiter des Amtes für Rechtsschutz des Vermögens der DDR übermittelt worden sei.³² Turners Antwort auf den von Scheler und Grote vertretenen Standpunkt wird in der Gesprächsnotiz folgendermaßen wiedergegeben: „Senator Turner erklärte, daß er zwar grundsätzlich Kenntnis von der Existenz eines solchen Notvertreeters habe, über eine ausreichende Sachkunde bezüglich der Grundlagen seines Einsatzes sowie seiner praktischen Tätigkeit jedoch gegenwärtig nicht verfüge. Er sei bereit, die diesbezüglichen Sachverhalte zu prüfen und sich in Abhängigkeit vom Prüfungsergebnis im Rahmen des Möglichen um die Ausräumung dieses Problems zu bemühen. Gleichzeitig erklärte er in diesem Zusammenhang, daß sich beide Seiten bemühen sollten, ‚keine unnötigen Hürden aufzurichten‘, die die Entwicklung sachlicher Beziehungen behindern könnten, und ‚keine Bedingungen‘ für die Auf-

²⁹ Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, Nr. 75, S. 349–357, und Nr. 78, S. 368–374.

³⁰ AAW Berlin, VA 13977: Einschätzung von Klar für Grote, 27. Januar 1986.

³¹ AAW Berlin, VA 16318: Scheler an Turner, Briefentwurf Anfang Dezember 1986.

³² AAW Berlin, VA 16318: Direktive für ein Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. Werner Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner (Oktober 1987).

nahme und Entwicklung solcher Beziehungen zu postulieren, ‚von denen man dann nicht wieder herunter‘ kommt. Ggf. müßten bestimmte Problemfelder zumindest zunächst ganz ausgeklammert werden.³³

In einem wenig später mit Kröber geführten Gespräch gab Helmut Meier zu erkennen, daß Senator Turner von der durch Grote aufgeworfenen Frage nach der Rückgabe von Vermögenswerten der PAW völlig überrascht worden sei, da er zwischen seinem Gesprächsanliegen und diesen Vermögenswerten keinen Zusammenhang gesehen habe. Die Notiz über diese Begegnung, die im Rahmen eines Erlanger Werkstattgespräches stattfand, wurde von Kröber eigens für Scheler angefertigt und nicht in seinen Reisebericht aufgenommen, offensichtlich auf Wunsch von Meier, der darauf Wert legte, daß unterhalb der Ebene offizieller Verhandlungen seine Position mit allen Nuancen exakt an die DDR-Seite übermittelt würde. Nach dieser Notiz hatte Meier erläutert, daß zwei Aspekte des Problems zu unterscheiden seien: „1) Das Vermögen selbst, das nicht nur Werte der alten Preußischen Akademie der Wissenschaften, sondern auch der Friedrich-Wilhelms-Universität und des ehemaligen Instituts für Meereskunde betreffe. Es existiere in Form von Wertpapieren, belaufe sich auf ca. 1 Million Mark, schließe aber keine Grundstücke ein. 2) Das schwierige Problem sei nicht das Vermögen selbst, sondern die Statusfrage. Nach Rechtsauffassung der Alliierten existiere Preußen nicht mehr und weder die BRD, noch die DDR noch Westberlin seien Rechtsnachfolger Preußens, so daß das Vermögen gewissermaßen in der Luft hänge und eben durch die Fiktion ‚Notvertreter‘ verwaltet würde. Mit der Westberliner Akademie der Wissenschaften habe diese Frage – nach Auffassung Prof. Meiers bzw. Senator Turners – nichts zu tun, da sie sich nicht als Rechtsnachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissenschaften verstehe. Man befürchte, durch Verquickung beider Fragenkreise unnötige politische Verwicklungen (vor allem mit den Alliierten) heraufzubeschwören. Dennoch halte man es für möglich, falls die DDR dies wünscht, daß auf interner Ebene (ohne das Ganze an die politische und öffentliche Glocke zu hängen) ein Gespräch eines DDR-Vertreters mit dem ‚Notvertreter‘ zustande kommt. Dieser sei gern zu einem solchen Gespräch bereit. Ziel des Gespräches könnte sein, dem DDR-Vertreter Einsicht in die Aktenlage zu gewähren und eventuelle Schritte zur Regelung der Vermögenslage zu erörtern. Prof. Meier hielt es für möglich, daß das pure Vermögen an die DDR-Regierung übergehen könne, wenn das sogenannte ‚Statusproblem‘ davon nicht betroffen würde.“³⁴

Diese Notiz enthält sehr interessante Akzente. Unmittelbar nach dem Gespräch zwischen Turner und Scheler hatte sich Meier offenkundig gründlich informiert. Der ganze Problemkreis erwies sich als juristisch vielschichtig, insbesondere deshalb, weil die Westberliner Seite ihn nicht nur als Angelegenheit des Senats betrachtete, sondern auch alliierte Interessen involviert waren. Vor allem aber war nun, soweit man dies nicht schon dem vorhergehenden Meinungsaustausch entnehmen konnte, unzweideutig klargestellt, daß es

³³ AAW Berlin, VA 16318: Informationsgespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. Werner Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner, 21. Oktober 1987.

³⁴ AAW Berlin, VA 16318: Kröber: Notiz für den Präsidenten der AdW der DDR, 16. November 1987.

dem Senat von Berlin (West) nicht in erster Linie um die Vermögenswerte ging; hier war man unter Umständen bereit, der DDR sehr weit entgegenzukommen. Entscheidend war vielmehr die Aufrechterhaltung einer juristischen Statusposition.

Seitens der AdW löste diese Information einen nochmaligen Rechercheauftrag an den Leiter ihrer Rechtsstelle zur Vorbereitung auf eine weitere Begegnung Schelers mit Turner aus. Klar schrieb in der erbetenen Stellungnahme vom 31. März 1988, daß die beiden Stiftungen, für die Küster vom Senat von Berlin (West) zum „Ersatzvorstand“ ernannt worden war, von der AdW fortgeführt würden, die entsprechende Leitungsorgane berufen habe und die Stiftungsaufgaben erfülle. Unter Hinweis auf die beigefügten notariell beglaubigten Abschriften der für die Berufung Küsters vom „Notvertreter“ bzw. zum „Ersatzvorstand“ ausgefertigten Urkunden wurde konstatiert, daß diese in alleiniger Verantwortung des Senats von Berlin (West) ohne jede Bezugnahme auf die Alliierten ausgestellt worden seien. Ferner erachtete Klar die Berufung des Senats auf eine ihm zustehende Aufsichtsfunktion für unbegründet, da die ehemalige PAW zu keiner Zeit ihren Sitz auf dem Gebiet des späteren West-Berlin gehabt habe und auch nicht den lokalen Berliner Behörden unterstellt gewesen sei. Er empfahl, gegenüber Turner zu fordern, daß der Senat von Berlin (West) den „Notvertreter“ bzw. „Ersatzvorstand“ abberufen und die in West-Berlin befindlichen Vermögenswerte der ehemaligen PAW an die DDR übergeben möge.³⁵ Nachdem Klar diese Stellungnahme mit Dr. Teupel, dem stellvertretenden Leiter des Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR, beraten hatte, übersandte er sie am 27. April 1988 zur weiteren Verwendung an Scheler.³⁶

Es zeichnete sich jedoch schon bald ab, daß die von Klar formulierten Maximalforderungen die weitere Verhandlungslinie der DDR-Seite nicht bestimmen würden. Allerdings trug Scheler während seines Gespräches mit Turner am 5. Juli 1988 den Rechtsstandpunkt der DDR noch einmal vor. Turner entgegnete jedoch, er wolle die Herstellung eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Lösung dieser Probleme und der Entwicklung der wissenschaftlichen Beziehungen unbedingt vermieden sehen, „um die sich bezüglich letzterem abzeichnende positive Entwicklung nicht zu gefährden. Man solle die mit den in Berlin (West) belegenen Vermögenswerten verbundenen Probleme auch keineswegs überbewerten – es sei lediglich dem Territorialprinzip folgend eine Treuhänderschaft errichtet worden, die noch dazu einen vergleichsweise geringen materiellen Wert zum Gegenstand habe. Natürlich lägen dem festgeschriebene Rechtspositionen zugrunde, die aufzuheben oder etwa in Gesprächen zwischen Experten seines Verantwortungsbereiches und der AdW der DDR weiter untersuchen und bewerten zu lassen, nicht in seiner Kompetenz liege. Eine diesbezügliche Entscheidung könne nur auf einer ‚höheren politischen Ebene‘ getroffen werden, wobei nach seiner Vorstellung eine separate Diskussion dieser Problematik kaum realisierungsfähig sei, sondern eine Klärung nur ‚im Paket‘ und ‚gebündelt‘ mit anderen

³⁵ AAW Berlin, VA 10554: Stellungnahme der Rechtsstelle der AdW der DDR zur Frage des „Notvertreters der PAW“, 31. März 1988.

³⁶ AAW Berlin, VA 13977: Klar an Scheler, 27. April 1988.

zwischen dem Senat von Berlin (West) und der DDR noch in der Diskussion befindlichen Problemen – einschl. eventueller Gegenforderungen der Westberliner Seite – erfolgen könne. Senator Turner erklärte, daß er in diesem Sinne an den Regierenden Bürgermeister herantreten wird, um dessen Entscheidung bezüglich eines möglichen weiteren Vorgehens herbeizuführen, die er seinerseits dann dem Präsidenten der AdW der DDR mitteilen wird.³⁷

Praktisch wurde jedoch genau so verfahren, wie Senator Turner angeregt hatte. Die DDR-Seite löste stillschweigend die Kopplung zwischen dem Statusproblem und der Frage einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit; im direkten Meinungsaustausch zwischen Scheler und Albach spielte das Statusproblem de facto keine Rolle mehr. Wie entsprechende Schwierigkeiten pragmatisch umgangen wurden, zeigt vielleicht am deutlichsten ein Punkt aus den am 7. Juli 1988 zwischen Scheler und Albach getroffenen Vereinbarungen: Die Gesprächspartner verständigten sich aus gegebenem Anlaß darüber, daß und auf welche Weise fehlgeleitete Postsendungen (Briefe, Telegramme, Fernschreiben u. a.), die sich „auf Grund der nicht genügend klaren Abhebung der Namensgebung der Westberliner Akademie als ‚Akademie der Wissenschaften zu Berlin‘ bereits ergeben haben und voraussichtlich weiter ergeben werden, über die genannten Beauftragten dem jeweils richtigen Empfänger zugeleitet werden“.³⁸

3. Das Jahr 1987: Von den Präliminarien zu den Akademiegesprächen

1987 feierten beide Teile Berlins das 750jährige Bestehen der Stadt. Es war eine unikale Konstellation: West- und Ost-Berlin banden zwar das Jubiläum in konträre politische Strategien ein, doch da es auf beiden Seiten um die politische Verwertung ein und desselben Anlasses ging, war es unvermeidlich, daß selbst die Konfrontation Elemente der Gemeinsamkeit hervortreten ließ. Die einzige populäre Institution, die systemübergreifend agieren konnte – die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg –, tat das ihre, um durch symbolische Akte dieses Gemeinsame zu betonen. Ihr Bischof Gottfried Forck überreichte den Oberhäuptern der beiden Stadthälften feierlich Faksimiles der im evangelischen Domstift zu Brandenburg/Havel aufbewahrten Urkunden, in denen die Gemeinden Berlin und Coelln erstmals erwähnt sind – am 14. April an den Ost-Berliner Oberbürgermeister Erhard Krack, am 25. April (während eines Gottesdienstes in West-Berlin, mit dem der kirchliche Teil der 750-Jahr-Feiern eröffnet wurde) an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen.

³⁷ AAW Berlin, VA 16318: Information über das Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. W. Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner, 5. Juli 1988.

³⁸ AAW Berlin, VA 10554: Information über ein Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. Werner Scheler, mit dem Präsidenten der Westberliner Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Horst Albach, 7. Juli 1988.

Letzterer hatte das Jahr mit einer großen Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn eingeleitet, in der er unter dem Titel „Berlin im Kräftefeld der Ost-West-Beziehungen. Perspektiven für eine geteilte Stadt“ aus Anlaß des Stadtjubiläums seine Berlin-Strategie grundsätzlich darlegte.³⁹ Darin schilderte er die einzigartige Position der Stadt und wies zugleich auf ein aktuelles Risiko hin: „Das notwendige westliche Festhalten am Status quo für West-Berlin bei gleichzeitiger westlicher pragmatischer und beweglicher Politik gegenüber Ost-Berlin bringt für West-Berlin die Gefahr eines Status-quo-Minus. Dieser könnte darin bestehen, daß Ost-Berlin sich außenpolitisch mehr und mehr in der Hauptstadtrolle verdeutlicht, während deutschlandpolitisch der Anschein eines reduzierten Drei-Mächte-Status mit allen Folgen eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten West-Berlins verstärkt wird.“⁴⁰ Um dieser Gefahr zu begegnen, entwickelte Diepgen eine großangelegte Strategie. Vor allem müsse West-Berlin „wie kein anderer Ort der Platz sein, wo entscheidende Fragen der Zukunft gestellt werden, wo der Seismograph der freien Gesellschaft steht. Mit der Anhäufung verlängerter Werkbänke und substanzlosen Solidaritätsbekundungen würde die Freiheit Berlins schließlich verkümmern. Berlin hätte als Museum der zwanziger Jahre und der Nachkriegsentwicklung keine Zukunft“.⁴¹ West-Berlin brauche zwar zum Ausgleich seiner Standortnachteile eine besondere Hilfe. „Aber darüber hinaus besinnen wir uns auf unsere eigenen Kräfte, auf das wissenschaftliche Potential der Stadt, auf die Eigensubstanz der kulturell kreativen Menschen, auf die vielen einmaligen Standortvorteile Berlins.“⁴² In diesem Zusammenhang nannte Diepgen die bevorstehende Gründung der AWB. Sie war als wissenschaftspolitische Dominante des Jubiläumjahres in West-Berlin vorgesehen und stellte nach den Intentionen des Senats einen entscheidenden Baustein für die angestrebte Zukunftsorientierung der Stadt dar. Dies alles wurde in deutschlandpolitische Erwägungen eingebettet: Die Hauptsorge vor der Verabschiedung des Grundlagenvertrages, er würde zum Auseinanderleben der Nation führen, habe sich als nicht berechtigt erwiesen, die Menschen in beiden deutschen Staaten empfänden sich 25 Jahre nach dem Mauerbau wieder mehr als Deutsche. Diepgen forderte die Bereitschaft zum Dialog mit der anderen Seite und verwies auf zahlreiche Probleme unterhalb der Ebene der Macht- und Systemfragen, die für einen solchen Dialog geeignet seien. Es liege auch im westlichen Interesse, daß durch wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit die objektiven Interessen der DDR auf Kooperation mit dem Westen gerichtet blieben.

Die künftige AWB hatte in ihrem politischen Umfeld also grünes Licht für die Öffnung nach Ost-Berlin, entsprechende Initiativen wurden nicht nur toleriert, sondern ausdrücklich politisch gefordert. Das verdient festgehalten zu werden, weil sie schon bald in eine Si-

³⁹ AAW Berlin, VA 16318: „Berlin im Kräftefeld der Ost-West-Beziehungen. Perspektiven für eine geteilte Stadt“. Rede-Dokumentation des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn am 8. Januar 1987.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

tuation geriet, in der ihr der politische Rückhalt für die mühsam aufgebauten Arbeitskontakte zur AdW wieder abhanden kam. 1987 aber hatte sie in Parlamentsmehrheit und Senat in West-Berlin jede nur gewünschte Unterstützung. Uwe Schlicht leitete eine im Januar veröffentlichte Betrachtung zum Akademieprojekt mit der Bemerkung ein, daß sich in Berlin künftig zwei Akademien auf Leibniz berufen würden: „Aber für beide Akademien ist Leibniz wohl eher ein Name, mit dem man sich gerne schmückt, als eine die Konzeption der Akademie bestimmende Größe.“⁴³ Turner griff wenig später das Motiv des Vergleiches der beiden sich auf Leibniz berufenden Akademien auf: „Zwei Akademien, zwei Konzepte, die jedoch gleichermaßen mit herkömmlichen Akademiestrukturen brechen“.⁴⁴ Im Unterschiedlichen fand man immer wieder Gemeinsames – die AWB und die AdW, so unterschiedlich sie auch angelegt waren, begegneten sich in der Devianz vom herkömmlichen Akademiemodell.

Bei der zweiten Lesung des Akademiegesetzes im Abgeordnetenhaus am 12. März 1987 erklärte Turner, „daß die Akademie eine völlige Neugründung darstellt, die zwar in der Tradition der im Jahre 1700 gegründeten Preußischen Akademie der Wissenschaften steht, jedoch keinerlei Anspruch auf deren Rechtsnachfolge erhebt. [...] Die Akademie wird offen sein für deutsch-deutsche Zusammenarbeit auch unter dem Dach des deutsch-deutschen Kulturabkommens“.⁴⁵ Das nächste Gespräch zwischen Turner und Scheler kam erst nach einigen Verzögerungen zustande. Scheler sagte mehrere bereits vereinbarte Termine ab. Man kann vermuten, daß die DDR-Führung vor dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik bindende Festlegungen vermeiden wollte. Am 30. Juni 1987 schrieb Turner an Scheler; er unterrichtete ihn von der Konstituierung der AdW und der Wahl von Horst Albach zu deren Präsidenten und fügte die Liste der Gründungsmitglieder sowie den Text des Akademiegesetzes bei.⁴⁶ Unmittelbar vor der Abreise Honeckers nach Bonn war in der Führung der SED offenbar über das Verhältnis zu West-Berlin beraten worden. Scheler wurde am 27. August durch Außenminister Fischer von der Entscheidung der Arbeitsgruppe des Politbüros zum beabsichtigten Gespräch mit Turner unterrichtet.⁴⁷

Das am 8. September in Bonn in Anwesenheit Erich Honeckers und Helmut Kohls unterzeichnete *Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik* enthielt im Artikel 7 – analog zum bereits gültigen Kulturabkommen – eine Klausel, die die Geltung des vereinbarten Textes auf Berlin (West) ausdehnte.⁴⁸ Damit konnten sich die Akademiekontakte auf zwei deutsch-deutsche Regierungsabkommen stützen. Die Reden des Festaktes, mit dem am 10. Oktober 1987 in Anwesenheit

⁴³ Uwe Schlicht, „Eine Arbeitsakademie ist gefragt. Der Plan für eine Akademie der Wissenschaften in West-Berlin ist umstritten“, in: *Der Tagesspiegel* vom 18. Januar 1987, Sonntagsbeilage.

⁴⁴ Turner, „Der Großrat“, S. 177.

⁴⁵ Abgeordnetenhaus, 48. Sitzung, 12. März 1987, in: *Jb. der AWB 1988*, S. 432f.

⁴⁶ AAW Berlin, VA 10554: Turner an Scheler, 30. Juni 1987.

⁴⁷ Der Text dieses Schreibens konnte in den Akten noch nicht nachgewiesen werden.

⁴⁸ „Abkommen“, S. 1348f.

des Bundespräsidenten die AWB im Reichstag feierlich eröffnet wurde,⁴⁹ enthielten deutliche Avancen an die Adresse der AdW. Diepgen bemerkte in seiner Ansprache, er hoffe, „daß sich mittelfristig auch die Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften im anderen Teil der Stadt ergeben wird. [...] Die Fragen, denen sich die Akademie der Wissenschaften zu Berlin widmen wird, sind system- und grenzüberschreitend.“⁵⁰ Präsident Albach gab ein ironisches Signal: Er flocht ein Zitat ein, das sich auf Friedrich Wilhelm I. und dessen Entscheidung bezog, den königlichen Spaßmacher David Fassmann zum Akademiepräsidenten zu bestellen.⁵¹ Ein selbstbewußter Präsident mochte wohl mit dem Gedanken spielen, daß sich unter der Narrenkappe Wahrheiten sagen lassen, die andernfalls übel vermerkt würden, doch die eigentliche Brisanz der Passage bestand darin, daß das vor West-Berliner Prominenz ausgesprochene Zitat aus einer gerade auf den Markt gekommenen Ost-Berliner Publikation stammte, die von Wissenschaftshistorikern der AdW aus Anlaß des Berlin-Jubiläums verfaßt worden war.⁵²

Das lange verschobene Gespräch mit Turner, das nach der Direktive seitens der DDR-Vertreter bloßen Informationscharakter tragen sollte,⁵³ kam schließlich am 21. Oktober in den Diensträumen Schelers zustande. Von Ost-Berliner Seite nahmen daran noch Grote und Kirmse, von West-Berliner Seite Senatsrat Elstermann teil. Turner betonte, daß Albach an einem direkten Gespräch mit Scheler interessiert sei, und bekundete seine Ansicht, „daß die Entwicklung von Beziehungen zwischen beiden Akademien deren beider Angelegenheit sei und der Mitwirkung des Senats von Berlin (W) nicht bedürfe“. Er lud Scheler zu einem Gegenbesuch ein; dabei wolle er ihn mit Albach bekannt machen.⁵⁴

Schon wenig später ergab sich ein interakademischer Kontakt unterhalb der Präsidentenebene. Günter Kröber suchte am 27. Oktober die AWB auf und führte dort ein Gespräch mit Helmut Meier, der inzwischen die Leitung des Wissenschaftlichen Stabes der Akademie übernommen hatte. Dabei warf Meier die Frage auf, „wie man am besten vorgehen solle, um der DDR eine Mitarbeit von DDR-Wissenschaftlern an Projekten der Akademie anzutragen und ob bei einem möglichen Treffen Albach–Scheler oder Turner–Scheler Aussicht bestände, diese Frage aufzuwerfen, ohne einen negativen Bescheid zu erhalten“.⁵⁵

⁴⁹ Scheler mußte die vom Regierenden Bürgermeister Diepgen an ihn gerichtete Einladung ausschlagen. Vgl. AAW Berlin, VA 10554: Notiz für den Präsidenten, 21. September 1987.

⁵⁰ Diepgen, „Wissenschaft und Politik“, S. 134.

⁵¹ Albach, „Akademie“, S. 136.

⁵² Das Zitat lautet: „Nahmen es einzelne kluge Männer auf sich, auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Wissenschaft die Narrenkappe zu tragen, weil diesem König kaum anders als in solcher Verfremdung und Verkleidung die Wahrheit gesagt werden konnte?“ (Zit. nach Laitko, *Wissenschaft*, S. 57.)

⁵³ AAW Berlin, VA 16318: Direktive für ein Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. Werner Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Technik von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner.

⁵⁴ AAW Berlin, VA 16318: Informationsgespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. Werner Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner, 21. Oktober 1987.

⁵⁵ AAW Berlin, VA 10554: Kröber, Sofortbericht, 29. Oktober 1987.

Eine weitere Begegnung zwischen beiden fand bei Gelegenheit des XVI. Erlanger Werkstattgespräches vom 5. bis 8. November 1987 statt. Meier bekräftigte den Wunsch Albachs nach einer Zusammenkunft mit Scheler und erörterte mit Kröber die Punkte, die Gegenstand einer solchen Zusammenkunft sein könnten.⁵⁶ Damit war nach ausgedehnten Präliminarien der Boden für direkte Verhandlungen zwischen beiden Akademien bereitet. Am 13. November wandte sich Albach mit dem Vorschlag eines Gespräches an Scheler.⁵⁷

4. Das Jahr 1988: Interakademischer Dialog

Nachdem die AWB konstituiert war, durfte die AdW damit rechnen, in ihr eine Partnerinstitution für Vereinbarungen auf lange Sicht zu finden. Da sich der bisherige Gang der Meinungsbildung fast ausschließlich auf die Frage der allgemeinen politischen Opportunität einer eventuellen Kooperation beschränkt hatte, mußte die AdW nun zu einem Urteil darüber gelangen, was von der neuen Institution wissenschaftlich zu erwarten war und worin ihre spezifisch wissenschaftspolitische Bedeutung bestand. Im Auftrag der Akademieleitung verfaßte Klaus-Dieter Wüstneck, Mitarbeiter des ITW, im Winter 1987/88 eine umfangreiche Studie unter dem Titel „Zur Gründung der Akademie der Wissenschaften in Westberlin – erste Analyse, Wertung und Schlußfolgerungen aus wissenschaftspolitischer und wissenschaftsorganisatorischer Sicht“.⁵⁸ Dabei stützte er sich ausschließlich auf publiziertes Material, wobei er mit hoher Vollständigkeit die westliche Pressediskussion um die Akademiefrage erfaßte. Die Studie sollte das erreichbare Wissen über die AWB und das Umfeld ihrer Entstehung und Tätigkeit so umfassend wie möglich darstellen. Sie trägt daher über weite Strecken berichtenden Charakter, enthält aber zugleich kreative Wertungen und Hypothesen. Alle wesentlichen Argumente, die in der Westberliner Debatte gegen die Akademiegründung vorgebracht wurden, werden darin kritisch erörtert. Mit dem Forschungshintergrund des ITW ausgestattet, vermochte Wüstneck die innovativen Züge des Westberliner Akademiekonzepts auf Anhub zu erkennen. Wesen und Funktion der Akademie seien nicht in erster Linie aus der besonderen Situation West-Berlins zu erklären. Sie sei eine Reaktion auf neuartige gesellschaftliche Erfordernisse, vor denen die sozialistischen Staaten ebenso wie die westlichen Länder ständen. Zugleich existiere dieses Problemfeld „auch in gewissem Maße als systemübergreifend, d. h. als global zu lösender Aufgabenkomplex, als Herausforderung für die Weltzivilisation“. Albachs Einschätzung, die neue Akademie wäre eine Innovation in der Wissenschaftslandschaft, sei „zwar anspruchsvoll, erweist sich aber bei näherer Betrachtung als durchaus zutreffend. Es handelt sich also um

⁵⁶ AAW Berlin, VA 10554: Kröber, Notiz für den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. Werner Scheler, 16. November 1987.

⁵⁷ AAW Berlin, VA 10554: Albach an Scheler, 13. November 1987.

⁵⁸ AAW Berlin, VA 10554: Wüstneck, Zur Gründung der Akademie der Wissenschaften in Westberlin – erste Analyse, Wertung und Schlußfolgerungen aus wissenschaftspolitischer und wissenschaftsorganisatorischer Sicht (maschr. Ms.).

einen nicht nur wissenschaftspolitisch interessanten, sondern auch wissenschaftsorganisatorisch innovativen und damit auch für die marxistische Wissenschaftsforschung relevanten Vorgang“.⁵⁹ Die Funktion der neuen Akademie sah Wüstneck in erster Linie in hochklassiger Politikberatung. Dazu müsse sie mit dem Forschungsprozeß der Gesamtwissenschaft verbunden sein, zugleich aber wegen ihrer besonderen Arbeitsweise und Projektorientierung eigenständig operieren können. Eine solche „Beratungsakademie“ sei eine wirkliche Neuerung. In ihrer politischen und funktionellen Ausrichtung sah Wüstneck keinerlei Hindernis für eine gedeihliche Kooperation. Wenn die westliche Seite die *intersystemare* Kooperation als Mittel für einen „Wandel durch Annäherung“ in der DDR betrachte,⁶⁰ so müsse die DDR umgekehrt eine ähnliche Strategie verfolgen. Für die DDR sei eine Mitarbeit zweckmäßig, weil ihr Wissenschaftssystem „vor der Aufgabe der Erforschung und Projektbearbeitung in vieler Hinsicht gleichartiger realer gesellschaftlicher Probleme der Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts steht“.⁶¹

In dieser Situation, als beide Seiten noch von einem längerfristigen Nebeneinander der Systeme ausgingen – die Vorgänge der Jahre 1989/90 waren ein nichtprognostizierbarer Trendbruch –, war die (hier nur angedeutete) detaillierte Argumentation Wüstnecks eine schlüssige Grundlage für eine mögliche Kooperationsstrategie der AdW und der DDR überhaupt. Die Vorhabenliste des WTZ-Abkommens schloß in Westberlin eine Reihe von Universitätsinstituten und von Instituten der außeruniversitären Forschung ein, auf Ost-Berliner Seite waren neben Einrichtungen der Universitäten und der Industrieforschung auch verschiedene Institute der AdW involviert.⁶² Der stellvertretende Generalsekretär der AdW Peter Sydow übermittelte am 11. März an den Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED einen in dessen Auftrag erarbeiteten Entwurf von Vorstellungen zur Entwicklung von Wissenschaftsbeziehungen mit Einrichtungen in West-Berlin.⁶³ In diesem Papier wurden die alten Abgrenzungsmaximen zwar noch nicht über Bord geworfen, aber doch beträchtlich gelockert. Sydow schlug vor, neue Beziehungen zu Einrichtungen in West-Berlin vorzubereiten: erstens Direktbeziehungen zur AWB durch Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung; zweitens Projektvereinbarungen mit naturwissenschaftlichen Instituten der TU; drittens Beziehungen zu Einrichtungen der MPG mit Sitz in Berlin (West) auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der MPG,⁶⁴ viertens Aufnahme von Beziehungen zu ausgewählten gesellschaftswissenschaftlichen Instituten der FU mit

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Burrichter, „Möglichkeiten und Grenzen“.

⁶¹ AAW Berlin, VA 10554: Wüstneck, Zur Gründung der Akademie der Wissenschaften in Westberlin – erste Analyse, Wertung und Schlussfolgerungen aus wissenschaftspolitischer und wissenschaftsorganisatorischer Sicht (maschr. Ms.).

⁶² Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 352f.

⁶³ AAW Berlin, VA 13977: Zum Stand der Wissenschaftsbeziehungen der AdW der DDR mit Einrichtungen in Berlin (West) und Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung (erarbeitet im März 1988).

⁶⁴ MPG-Präsident Heinz A. Staab besuchte am 20. und 21. April 1988 die AdW, besichtigte mehrere Institute und führte Gespräche über mögliche Beziehungen zwischen beiden Institutionen.

dem Ziel, über wissenschaftlichen Austausch und gegenseitige Nutzung von Bibliotheksbeständen Voraussetzungen für spätere projektorientierte Zusammenarbeit zu schaffen. Fünftens wurde zu bedenken gegeben, ob man nicht die großen Potentiale der *Historischen Kommission zu Berlin*, des *Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung* und des *Wissenschaftskollegs*, die bislang aufgrund außenpolitischer Entscheidungen der DDR von den Wissenschaftskontakten ausgenommen waren, in Zukunft ebenfalls nutzen könnte, „zumal andere sozialistische Staaten dies bereits in wachsendem Umfang tun“.⁶⁵

Wenige Tage nach der Vorlage dieses Arbeitspapiers schrieb Albach am 16. März an Scheler und regte unter Bezugnahme auf das im Haus der DFG in Bonn geführte Gespräch⁶⁶ ein baldiges Treffen an⁶⁷; zwei Tage später folgte ein Brief von Senator Turner.⁶⁸ Die politische Situation war inzwischen komplizierter geworden. Das konzentrierte Auftreten von Bürgerrechts-Aktivisten bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Ost-Berlin im Januar 1988 hatte der DDR-Führung signalisiert, daß ihre Macht erschüttert und die politische Opposition in der eigenen Bevölkerung im Wachsen war, mit der Verhaftung von über 100 Demonstranten, einer schlecht überlegten Panikreaktion, bekundete sie ihre extreme Verunsicherung. Um so dringlicher erschien es ihr, durch Arrangements mit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere auch mit West-Berlin die eigene Position zu stabilisieren. Einige Wochen nach der Demonstration verhandelten Honecker und Diepgen im Schloß Niederschönhausen. Am 3. Juni nahm am Landesparteitag der SPD auch eine Delegation der SED unter dem Abteilungsleiter des ZK, Gunter Rettner, teil. In dieser Atmosphäre ging Scheler in die nächste Verhandlungsrunde. In Begleitung von Grote und Kirmse suchte er am 5. Juli Turner in dessen Amtssitz auf; von West-Berliner Seite nahmen auch Turners persönlicher Referent Dieter A. Wortmann sowie Senatsrat Elstermann teil. Scheler bekundete die Bereitschaft seiner Institution, direkte Beziehungen zwischen Einrichtungen der AdW und West-Berliner wissenschaftlichen Institutionen (auch über die AWB hinaus) aufzunehmen und Formen einer vertraglich geregelten und projekt- oder themenbezogenen Zusammenarbeit zu entwickeln. Er übergab eine Aufstellung von vier Projekten, mit deren gemeinsamer Bearbeitung sofort begonnen werden könnte.⁶⁹ Beide Seiten

⁶⁵ AAW Berlin, VA 13977: Zum Stand der Wissenschaftsbeziehungen der AdW der DDR mit Einrichtungen in Berlin (West) und Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung (erarbeitet im März 1988).

⁶⁶ Am 1. Dezember 1987 fand im Haus der DFG in Bonn ein Empfang des Präsidenten Hubert Markl für eine von Scheler geleitete Delegation der AdW statt, an dem auch Albach teilnahm. AAW Berlin, VA 13977: Bericht über den Arbeitsbesuch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. Werner Scheler, in der BRD in der Zeit vom 29. November bis 4. Dezember 1987.

⁶⁷ AAW Berlin, VA 13977: Albach an Scheler, 16. März 1988.

⁶⁸ AAW Berlin, VA 13977: Turner an Scheler, 18. März 1988.

⁶⁹ Es handelte sich um die Themen: Optoelektronische Untersuchungen von III-V-Verbindungen; Farbstofflaserspektroskopie an Seltenen Erden in II-VI-Halbleitern; Untersuchungen zur Bedeutung der Z-Strukturen für die Genexpression insbesondere bei Hefe-Prokaryoten; Entwicklung und Charakterisierung flüssigkristalliner Polymere. Als Partnereinrichtungen in West-Berlin wurden genannt: Institut für Festkörperphysik der TU Berlin; Institut für Technische Chemie der TU Berlin; Institut für Molekularbiologie und Biochemie der FU Berlin.



Besuch der Leitung der AWB in der AdW am 7. Juli 1988; Präsident der AdW Werner Scheler (sitzend, 2. v. l.), gegenüber v. l. n. r.: Helmut Meier, Leiter des Wissenschaftlichen Stabes der AWB, Horst Albach, Präsident der AWB, und Klaus Hierholzer, Mitglied des Vorstandes der AWB

vereinbarten die Benennung von Beauftragten für die Koordinierung der Direktbeziehungen; mit dieser Aufgabe wurden Kirmse und Wortmann betraut.⁷⁰ In einer der Gesprächsnotiz beigefügten Liste von Maßnahmen heißt es, daß unter Verantwortung des Generalsekretärs die Aufnahme einer projektgebundenen Zusammenarbeit mit Instituten der Universitäten in Berlin (West) eingeleitet werden sollte und daß auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erfahrungen eine Zusammenarbeit zu weiteren Themen möglich sei.⁷¹ Damit hatten sich die Verhandlungen zwischen Scheler und Turner inhaltlich von den Akademiekontakten emanzipiert.

Am 7. Juli suchte Albach in Begleitung von Klaus Hierholzer, Vorstandsmitglied der AWB, und Meier vereinbarungsgemäß Scheler in dessen Amtssitz auf. Scheler sollte laut

⁷⁰ AAW Berlin, VA 16318: Information über das Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. W. Scheler, mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin (West), Prof. Dr. George Turner, 5. Juli 1988.

⁷¹ AAW Berlin, VA 16318: Schlußfolgerungen/Maßnahmen, 6. Juli 1988.

Gesprächsdirektive⁷² Albachs Informationen und eventuelle Vorschläge entgegennehmen, eine Verständigung über konkrete Formen und Themen der Zusammenarbeit jedoch erst auf einem zweiten Präsidententreffen erfolgen. Auch hier wurde vereinbart, auf beiden Seiten Beauftragte zu benennen, die künftig den laufenden Kontakt zwischen den zwei Einrichtungen aufrechterhalten sollten; diese Aufgabe wurde Kirmse und Meier übertragen.⁷³

Nunmehr begann in der AdW die Arbeit zur Abstimmung möglicher Themen und Teilnehmer an Kooperationsvorhaben mit der AWB. Inzwischen vereinbarten im Rahmen des WTZ-Abkommens die Staatssekretäre Gebhard Ziller vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) der Bundesrepublik und Klaus Stubenrauch vom Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT) der DDR am 22. August in Ost-Berlin den Start der ersten vier gemeinsamen Forschungsvorhaben.⁷⁴ Zwei Monate später übersandte Grote den Forschungsbereichsleitern und weiteren führenden Wissenschaftlern der AdW eine Übersicht über die Arbeitsgruppen der AWB und deren Projekte mit der Bitte, ihm kurzfristig ihre „konkreten Vorstellungen über eine mögliche Beteiligung an einzelnen Arbeitsprojekten zu übermitteln“.⁷⁵ Das Ergebnis der Abstimmungen lag erst Mitte Februar 1989 vor. Während es vorbereitet wurde, unterzeichneten Scheler und DFG-Präsident Markl am 22. Dezember 1988 in Ost-Berlin eine Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der AdW und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

5. Das Jahr 1989: Vereinbarungen und Irritationen

1989 war ein historisches Jahr, auch wenn es sich keineswegs so ankündigte. In der AdW herrschte der übliche wissenschaftliche Alltag, im Januar oder Februar konnte niemand annehmen, daß noch im gleichen Jahr ihr gesamtes Leitungs- und Organisationsgefüge, auf dem unter anderem auch das Netz ihrer Arbeitsbeziehungen mit der West-Berliner Akademie ruhte, grundsätzlich in Frage gestellt werden würde. Nach der im Herbst des Vorjahres begonnenen Abstimmungsrunde wurde am 3. Februar ein Arbeitspapier für die

⁷² AAW Berlin, VA 10554: Direktive für ein Gespräch des Präsidenten der AdW der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. W. Scheler, mit dem Präsidenten der Westberliner Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. H. Albach, an der AdW der DDR (Entwurf), undatiert.

⁷³ AAW Berlin, VA 10554: Information über ein Gespräch des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gen. Prof. Dr. sc. med. Werner Scheler, mit dem Präsidenten der Westberliner Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Horst Albach, 7. Juli 1988.

⁷⁴ Im Rahmen des WTZ-Abkommens war 1988 ein erhebliches Maß an Bewegung zu verzeichnen. Bis Ende des Jahres traten 13 Kooperationsverträge in Kraft. Der vereinbarte devisenlose Modus erleichterte für die DDR-Seite die Nutzung der Möglichkeiten des Vertrages wesentlich. Das BMFT nutzte die Möglichkeit, die Organisation der Zusammenarbeit mit der Heranziehung von Kompetenz auf dem Gebiet der Wissenschaftsforschung zu verbinden, indem es zu seiner Unterstützung im IGW in Erlangen ein Büro für zwischenstaatliche Beziehungen (BzB) einrichtete. Dazu näher: Lauterbach, „Zusammenarbeit“.

⁷⁵ AAW Berlin, VA 10554: Grote an die Forschungsbereichsleiter und weitere führende Wissenschaftler der AdW der DDR, 20. Oktober 1988.

weiteren Verhandlungen mit Albach vorgelegt.⁷⁶ Darin wurden von den Themen der AWB die beiden Komplexe „Automatisierung, Arbeitswelt und künftige Gesellschaft“ und „Erfolgsbedingungen von technischen Innovationen in Industrieländern“ für die Kooperation favorisiert, und es wurden Forschungsbereiche und Institute benannt, die daran teilnehmen sollten. Die weiteren Klärungen sollten auf Expertenebene erfolgen; als Experten waren für den ersten Komplex Hans Fuchs (Direktor des Akademieinstituts für Automatisierung), Gerhard Merkel (Direktor des Akademieinstituts für Informatik und Rechen-technik) und Toni Hahn (Bereichsleiterin im Akademieinstitut für Soziologie und Sozialpolitik) vorgesehen, für den zweiten Komplex wiederum Gerhard Merkel sowie Manfred Wölfling (Bereichsleiter im ITW).

Inzwischen hatten in Westberlin Wahlen stattgefunden, die eine Koalition aus SPD und AL an die Regierung brachten. Die grundsätzlichen Einwände, die die West-Berliner AL gegen die Gründung der AdW hatte, waren bekannt; sie hatte sie 1986 mit großem Nachdruck öffentlich vorgetragen, und im Frühjahr 1989 publizierte sie eine weitere Streitschrift.⁷⁷ Allerdings konnte man – zumindest in Ost-Berlin, wo man für die Rivalitäten der West-Berliner Politik nur ein begrenztes Verständnis hatte – vielleicht vermuten, daß die neue Koalition die Existenz der gerade erst gegründeten Akademie hinnehmen und eher die politischen Vorgaben verändern würde, unter denen sie tätig war. Indes war der AL die Rücknahme einer gegen ihren Protest zustande gekommenen Entwicklung so wichtig, daß sie die Wiederauflösung der AWB zur Bedingung für ihren Eintritt in die Koalition machte. Die AdW war so mit der in keinem der einschlägigen Papiere auch nur als Gedankenspiel erwogenen Möglichkeit konfrontiert, daß ihr in dem Moment, als die lange vorbereiteten Kooperationen Wirklichkeit zu werden begannen, der ihr institutionell am ehesten entsprechende Partner in West-Berlin abhanden kommen würde. Ungeachtet aller Möglichkeiten, auch mit anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, hatten Beziehungen von Akademie zu Akademie im Verständnis der DDR eine exponierte Bedeutung.⁷⁸

Am 10. März wollte Helmut Meier die AdW zu einem der laufenden Arbeitsgespräche besuchen. Einen Tag vorher informierte jedoch Albach auf einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit umfassend über den Auflösungsbeschluß der neuen Koalition, und der vereinbarte Besuch unterblieb.⁷⁹ Für die DDR-Führung war diese Situation offenkundig sehr schwierig. Auf der einen Seite war ihr an einem zügigen Ausbau der Wissenschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik gelegen; entsprechende Verhandlungen fanden sowohl auf Mi-

⁷⁶ AAW Berlin, VA 10554: Position zu möglichen Formen und Feldern einer Zusammenarbeit der AdW der DDR mit der Westberliner AdW.

⁷⁷ Dubiel, *Streitschrift* und *Abgesang*.

⁷⁸ In den Außenbeziehungen der DDR herrschte ein eigentümlicher *institutioneller Formalismus*: Universitäten sollten mit Universitäten kooperieren, Akademien mit Akademien usw. Darauf machte der finnische Wissenschaftler Jaakko Honko, der auf Ersuchen der AWB ein Fazit seiner umfangreichen Erfahrungen in der Ost-West-Kooperation verfaßte, ausdrücklich aufmerksam. Vgl. Honko, „Konzeption zum Ausbau“, S. 202.

⁷⁹ AAW Berlin, VA 10554: Notiz von Kirmse, 6. März 1989.

nister- als auch auf Staatssekretärsbene statt. Die weitere Pflege von Kontakten zur West-Berliner Akademie hätte in dieses Bild gepaßt. Auf der anderen Seite hatte die SED ein starkes Interesse an einer zunehmenden Normalität der Parteibeziehungen zur SPD; das von Gremien beider Parteien vereinbarte Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ war in diesem Prozeß als ein Durchbruch verstanden worden. Der politische Sieg der SPD in West-Berlin galt als ein Ereignis, das diesen Trend unterstützen würde. Als am 13. April 1989 der Regierende Bürgermeister Walter Momper vor dem Abgeordnetenhaus seine Regierungserklärung abgab, nahm der Abteilungsleiter des SED-Zentralkomitees Gunter Rettner als Gast an der Sitzung teil und wurde bei dieser Gelegenheit von Momper zu einem Gespräch empfangen; am 19. Juni trafen sich Momper und Honecker in Niederschönhausen. Nach den Konditionen ihres Koalitionsvertrages hatte aber die regierende SPD nun die Auflösung der AWB zu vertreten und durchzusetzen. Entsprechend knüpfte die neue Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel auch nicht unmittelbar an die Kontakte an, die ihr Amtsvorgänger Turner zu Scheler unterhalten hatte. Wenn nun die DDR-Seite – unter Berufung darauf, daß Albach das Daseinsrecht seiner Akademie mit allen juristischen Mitteln verteidigen wollte – wie bisher auf Arbeitsbeziehungen zur AWB gesetzt hätte, dann hätte das seitens der regierenden SPD in West-Berlin als ein unfreundlicher Akt gedeutet werden können. Ein Echo der dadurch ausgelösten Irritationen ist auch in den AdW-Akten spürbar.

Es scheint (direkte Belege dafür haben sich bisher nicht ergeben), daß sich die DDR-Seite auf ein pragmatisches und dilatorisches Vorgehen festlegte: keine demonstrativen Kontakte, aber stillschweigende Fortsetzung der Arbeitsbeziehungen. Die an Scheler und Grote ergangene Einladung zur Jahresversammlung der AWB am 16. Juni 1989 wurde höflich abgelehnt.⁸⁰ Scheler ließ seine Grüße per Eilboten so zustellen, daß sie direkt zur Jahresversammlung eintrafen und Albach in seiner Rede für dieses „Zeichen der Verbundenheit“ danken konnte.⁸¹ Drei Tage später wurde bei einer Begegnung zwischen Momper und Honecker auch die Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit verhandelt,⁸² aber von der AWB dürfte in diesem Gespräch nicht mehr die Rede gewesen sein.

Mit dem SPD-AL-Antrag im Abgeordnetenhaus hatte im Mai der parlamentarische Prozeß eingesetzt, der zur Auflösung der Akademie führen sollte. Im Wissenschaftsausschuß erwähnte Albach die auch für andere West-Berliner und westdeutsche Einrichtungen vorteilhaften Ostbeziehungen, die seine Akademie aufgebaut hatte: „Daß Menschen, die wissen, wie langfristig der Aufbau solcher Beziehungen angelegt werden muß, und wie wichtig es ist, mit Geduld Vertrauen aufzubauen, für die Schließung der Akademie kein Verständnis aufbringen, kann nicht verwundern. Mit einer Politik des ‚Rin in die Kartoffeln – raus aus die Kartoffeln‘ kann man keine Ost-West-Beziehungen pflegen.“⁸³ Inzwi-

⁸⁰ AAW Berlin, VA 10554: Grote an Albach, 13. Juni 1989.

⁸¹ Albach, „Hätte Akademos geahnt“, S. 7.

⁸² Winters, „Die Deutschlandpolitik“, S. 1229.

⁸³ Albach, „Stellungnahme“, S. 86.

schen hatten auch weitere Arbeitsgruppen der AWB Kontakte nach Ost-Berlin hergestellt.⁸⁴ Im August 1989 fand mit großem Erfolg als Pilotveranstaltung der Nachwuchsakademie bei der AWB ein zehntägiges Seminar zum Thema *Innovation – A Cross Cultural Perspective* statt, an dem junge Wissenschaftler aus Berlin, der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den USA, Japan, der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Finnland teilnahmen.⁸⁵ Als die Zeichen der Auflösung des bisherigen politischen Systems in der DDR schon unübersehbar waren, wurde der erste DDR-Wissenschaftler regulär in eine Arbeitsgruppe der AWB berufen. Am 13. Oktober 1989 übermittelte Albach an Prof. Dr. Werner Müller vom Karl-Weierstraß-Institut der AdW das Berufungsschreiben zum Experten in die Arbeitsgruppe *Geometrie und Physik*; der Rat der AWB hatte Müller einstimmig gewählt.⁸⁶

6. Disharmonischer Ausklang: Das Verschwinden der Akteure

Der Vorgang, von dem dieser Beitrag handelt, hat kein richtiges Finale, das eine effektvolle Komposition der historischen Erzählung erlauben würde. Eher erinnert sein Ende an jenes der Abschiedssinfonie, nur ist es bei weitem nicht so kunstvoll gebaut wie Haydns Werk. Die Akteure verlassen die Bühne, einer nach dem anderen, bis sie leer ist und ein ganz anderes Stück aufgeführt werden kann. Ihr Abgang erfolgt nicht freiwillig, sondern kraft gründlich veränderter Umstände. Ihre Intentionen, eben noch aussichtsreich und zukunftsstrahlig, passen plötzlich nicht mehr in die Zeit, zumindest nach der wirkmächtigen Ansicht jener, die nun die Regie übernommen haben.

Die Öffnung der Mauer erfüllte die AWB mit neuer Hoffnung. Ihre genuine Ost-West-Brückenfunktion, die sie bislang nur sehr dosiert erfüllen konnte, schien plötzlich massiv gefragt zu sein. Ganz in diesem Sinne äußerte sich Vorstandsmitglied Günter Spur – ebenso wie Friedrich Hirzebruch zugleich Mitglied der AdW – am 4. Dezember 1989 vor dem Wissenschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses: „In Ost-Berlin sind hervorragende Institute der Akademie der Wissenschaften. Es bestehen Kooperationsabkommen aufgrund des Abkommens mit der Bundesrepublik, die bereits wirksam sind. All die Wissenschaftler, die ich in der DDR gesprochen habe, sind über dieses Werkzeug Akademie sehr glücklich, das nun zusätzlich als Drehscheibe wirkt, Wissenschaftler der Bundesrepublik nach West-Berlin zu befördern [...], um sich dann auf sehr einfache Weise mit diesen Wissenschaftlern zusammensetzen und gemeinsame Projekte zu entwickeln.“⁸⁷ Der Vorstand der AWB schien überzeugt zu sein, daß man in der grundlegend veränderten Situation das Eisen schmieden mußte. Am 20. Dezember gab die Akademie eine Pressemitteilung heraus, der zufolge sich Albach anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Karl-Heinz-Beckurts-Preis in

⁸⁴ Pfab, „Die Integration“.

⁸⁵ Winter, „Internationales Sommerseminar“.

⁸⁶ AAW Berlin, VA 10554: Albach an Müller, 13. Oktober 1989.

⁸⁷ „Anhörung“, S. 97.

München für die Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission beider Akademien ausgesprochen habe.⁸⁸ Die Offerte des Bundeslandes Hessen, die AWB aufzunehmen, erschien nach der Öffnung der Mauer kaum noch opportun. Henning Ritter schrieb am 23. November 1989 in der *F.A.Z.*, der Standort Berlin hätte „durch die jüngsten Möglichkeiten Unschätzbare hinzugewonnen [...]. Daß die Beziehungen zur Ost-Berliner Akademie hier besonderes Gewicht haben, versteht sich von selbst.“⁸⁹ Am 16. Dezember erklärte Wolf Lepenies, der Rektor des Wissenschaftskollegs, gegenüber dem *Tagesspiegel*, die Akademie mit ihrer übergreifenden Aufgabe müsse jetzt in Berlin bleiben und könne ihre Funktion als Brücke zur DDR und zu Osteuropa weniger denn je als Regionalakademie in einem Bundesland erfüllen.⁹⁰ Unter Bezugnahme auf Albachs Vorschlag zur Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission der beiden Akademien forderte der hochschulpolitische Sprecher der CDU im Abgeordnetenhaus Senatorin Riedmüller auf, sich für eine Fortführung der Akademie in öffentlicher Verantwortung auszusprechen.⁹¹

Der Tod Helmut Meiers, der jedes Detail der Akademiekontakte genau kannte, hat in einer Lage, in der jeden Tag eine neue Konstellation eintreten konnte, die praktischen Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen beider Akademien zweifellos beeinträchtigt. Dr. Juliane Besters, die interimistisch die Leitung des *Wissenschaftlichen Stabes* der AWB übernommen hatte, meldete sich am 16. Januar 1990 telefonisch bei Dr. Eva Buddrus, der Stellvertreterin Kirmse. Sie teilte das Ableben Meiers mit, äußerte ihren Wunsch, selbst Verbindung zur AdW aufzunehmen, und „flocht noch ein, daß jetzt Hoch-Zeit für Zusammenarbeit sei“.⁹² Kurz darauf forderten die Bonner Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und der FDP das Berliner Abgeordnetenhaus auf, die Pläne zur Auflösung der AWB zu stoppen. In einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde im Bundestag erklärten Redner dieser Fraktionen, gerade angesichts der jüngsten Entwicklung in der DDR müsse die Akademie als wichtiges Bindeglied im Wissenschaftsaustausch zwischen Ost und West erhalten bleiben, und sagten weitere Bonner Finanzhilfe zu.

Am 25. Januar, als das *Handelsblatt* in einer kurzen Meldung über diese Aktuelle Stunde berichtete,⁹³ fand wieder ein Arbeitsgespräch der beiden Akademien statt. Es war auf der Ebene der Beauftragten vereinbart, doch überraschend kam Präsident Albach selbst nach Ost-Berlin, begleitet von Frau Besters. Von Ost-Berliner Seite nahmen Kirmse und Frau Buddrus teil.⁹⁴ Wie es in der Gesprächsnotiz heißt, wurde das Gespräch von Albach „mit bemerkenswerter Aktivität und Ausführlichkeit (2½ Stunden) geführt“. Es könne davon ausgegangen werden, daß sein deutlich geäußertes Interesse an der weiteren Entwicklung

⁸⁸ AAW Berlin, VA 10554: Pressemitteilung, 20. Dezember 1989.

⁸⁹ *Jb. der AdW 1989*, S. 383.

⁹⁰ *Jb. der AdW 1989*, S. 389.

⁹¹ „CDU fordert zu neuer Einstellung in Akademie-Frage auf“, in: *Der Tagesspiegel* vom 21. Dezember 1989.

⁹² AAW Berlin, VA 10554: Notiz von Buddrus, 16. Januar 1990.

⁹³ *Jb. der AdW 1989*, S. 395.

⁹⁴ AAW Berlin, VA 10554: Gesprächsnotiz, 26. Januar 1990.

und Vertiefung der Zusammenarbeit „sich nicht vordergründig aus konjunkturellen Erwägungen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Situation ergibt“.⁹⁵ In einem Überblick über die laufenden Arbeiten seiner Akademie präsentierte Albach eine eindrucksvolle Liste zahlreicher Themen und Themengruppen, die für viele Institute der AdW Einstiegsmöglichkeiten geboten hätten. Wie er weiter erklärte, wolle er „jegliche spektakulären Maßnahmen vermeiden, die ihn und die Akademie in den Ruf bringen könnten, daß sie überall in der Welt nach Verbündeten suchten, um den Senat unter Druck zu setzen. Diese Haltung sollte von der AdW der DDR respektiert werden [...]. Ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt sollte die Pressemitteilung (*Tagesspiegel* vom 21. 12. 1989) mit Zurückhaltung aufgenommen werden, wonach Präsident Albach sich für die Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der AdW der DDR ausgesprochen habe. Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß seine Aussage tendenziös wiedergegeben worden sei und daß die drohende Auflösung seiner Akademie einem solchen Vorhaben entgegenstehe.“⁹⁶

Diesem Gespräch sollte baldigst eine Begegnung auf Präsidentenebene folgen. Sie sollte laut Absprache mit dem Büro von Albach am 26. Februar 1990 in Form eines Abendessens stattfinden, und Scheler sollte von den Professoren Bernd Wilhelmi, Wolfgang Mundt und Sydow sowie von Kirmse begleitet werden.⁹⁷ Mit der diesbezüglichen Notiz Kirmses endet die chronologische Folge der durchgesehenen Akten und damit auch die Aufgabe dieses Beitrages. Der AdW half ihre mittlerweile in Gang gesetzte basisdemokratische Erneuerung nichts. Sie wurde nicht umgestaltet, sondern liquidiert. Der Komplex ihrer Institute unterlag der Abwicklung. Die AWB hatte nichts davon, daß die CDU in Berlin wieder an die Macht kam; der Auflösungsbeschuß blieb in Kraft, sie mußte die Bildfläche verlassen. Die *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* (BBAW) wurde neu konstituiert, in ihrem Selbstverständnis in unmittelbarer Rechtsnachfolge zur PAW.

Über die Hintergründe dieser dürren Fakten wird sich noch lange rätseln lassen. Fest steht, daß der aufwendige Prozeß der Herstellung von Kontakten, Arbeitsbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen durch den realen Gang der Dinge vollkommen entwertet worden ist. Wäre die deutsche Vereinigung nach einem Modell vollzogen worden, das von der Parität der Seiten ausgeht, dann hätte die Beziehung der beiden Akademien den natürlichen Nukleus einer künftigen Berliner Akademielösung bilden können. Das tatsächlich gewählte Beitrittsmodell, das die Dominanz der westlichen Seite zur Grundlage nahm und auf einen rigorosen Elitenwechsel im Osten setzte, hatte für Fusionsideen aller Art⁹⁸ keine Verwendung und mußte alle in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit auf politischer Ebene oder durch politische Vermittlung erreichten deutsch-deutschen Annäherungen als unerwünschten Ballast beiseite schieben.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ AAW Berlin, VA 10554: Kirmse, Gesprächsnotiz für Scheler, 9. Februar 1990.

⁹⁸ Burrichter/Förtsch, *Fusion der Wissenschaftssysteme*.

In unserem Fall hielt die Geschichte, die stets hintersinniger ist als selbst die phantasievollsten ihrer Akteure, noch eine bemerkenswerte Pointe bereit. Die Väter der AWB hatten, wie weiter oben ausgeführt wurde, das Postulat einer Rechtsnachfolge zur PAW als für ihre Zwecke hinderlich beiseite gelassen und die Institution des *Notvertreters* allenfalls als ein peripheres Relikt der Nachkriegsentwicklung betrachtet. Das Rechtsgutachten von Werner Thieme (Hamburg), auf das sich der Rechtsnachfolgeanspruch der neukonstituierten BBAW stützte, kam indes 1991 zu dem zentralen Resultat, daß die PAW als Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Mitglieder fortbestehe und daß die AdW der (ehemaligen) DDR nicht identisch mit der PAW sei.⁹⁹ Das von Bodo Pieroth (Marburg) und Bernhard Schlink (Bonn/Frankfurt a. M.) im gleichen Jahr erstattete Gutachten gelangte hingegen zu dem Ergebnis, daß die AdW der DDR mit der DAW und diese mit der PAW identisch war und daß heute die Gelehrtensozietät der AdW der (ehemaligen) DDR mit der PAW identisch sei.¹⁰⁰ Der Umstand, daß angesehene Juristen – alle aus der Rechtskultur der Bundesrepublik Deutschland kommend – in dieser Frage zu konträren Schlußfolgerungen gelangten, hätte einen tiefgreifenden Klärungsprozeß in Gang setzen müssen. Dem Berliner Senat genügte hingegen dasjenige unter den vorliegenden Gutachten, das seinen Intentionen am besten entsprach. So ist es nicht ausgeschlossen, daß die AWB erhalten geblieben und zum Ausgangspunkt aller weiteren Entwicklungen geworden wäre, wenn sie in ihrer Gründungsphase ihre Rechtsnachfolge zur PAW behauptet und damit gerade das getan hätte, worauf sie bewußt verzichtet hatte (und wohl verzichten mußte, wenn sie nicht die Gegnerschaft der Ostseite provozieren wollte). Die sich politisch durchsetzende Rechtsauffassung Thiemes lief nun darauf hinaus, daß die PAW nicht etwa dort fortlebte, wo ihre Mitglieder unter dem von ihnen gewählten Präsidenten Stroux und nachfolgenden Präsidenten wissenschaftliche Arbeit geleistet und ihren Bestand, wie es in Akademien üblich ist, durch Zuwahlen ergänzt haben, sondern vielmehr fern von der Arena wissenschaftlicher Debatten in einer Anwaltskanzlei in Berlin-Charlottenburg, in der Institution des *Notvertreters*. Unter den Wundern, an denen es im deutschen Vereinigungsprozeß nicht mangelt, ist dies gewiß nicht das kleinste.

⁹⁹ Thieme, *Fortbestand und Erneuerung*, S. 77.

¹⁰⁰ Klinkmann/Wöltge, 1992 – *Das verdrängte Jahr*, Dok. Nr. 55, S. 207f.

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin, 10. Wahlperiode, 48. Sitzung vom 12. März 1987: „II. Lesung der Vorlage zur Beschlußfassung – über Gesetz über die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Drucksache 10/1014“, in: *Jb. der AWB 1987*, S. 415–425.
- „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik“, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987) 12, S. 1348f.
- Abgang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Warum die Akademie zum Nutzen der Wissenschaft aufgelöst werden muß, hrsg. von einer *Ad-hoc-Gruppe* in der Redaktion von Wieland Elfferding und Hilde Schramm, Berlin 1989.
- Albach, Horst: „Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin – ein Experte fürs Allgemeine“, in: *Jb. der AWB 1987*, S. 135–145.
- Albach, Horst: „Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und AL vom 16. Mai 1989 auf Auflösung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: *Jb. der AWB 1988*, S. 72–91.
- Albach, Horst: „Hätte Akademos geahnt ...“, in: *Jb. der AWB 1988*, S. 3–24.
- Albach, Horst: „Verfassungswidrigkeit, Solidarität und Teamgeist“, in: *Jb. der AWB 1989*, S. 4–23.
- „Anhörung vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung des Abgeordnetenhauses, 10. Sitzung, 4. 12. 1989“, in: *Jb. AWB 1989*, S. 89–101.
- Burricher, Clemens: „Möglichkeiten und Grenzen deutsch-deutscher Wissenschaftskooperation“, in: *IGW-Report* 1 (1987), S. 7–13.
- Burricher, Clemens/Eckart Förtsch (Hrsg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme*. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch Bonn, 7.–9. 11. 1990 (= abg 2/1991), Erlangen 1991.
- Dieppen, Eberhard: „Perspektiven statt Illusionen. Berliner Anmerkungen zur Politik in Deutschland“, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), 3, S. 268–278.
- Dieppen, Eberhard: „Wissenschaft und Politik – Politik braucht Beratung“, in: *Jb. AWB 1987*, S. 131–134.
- „Dokumentation: Das zwischen Bonn und Ostberlin verabredete Kulturabkommen“, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), 2, S. 219–221.
- Dubiel, Helmut/Wilfried Elfferding/Ulf Kadritzke/Monika Oubaid/Hilde Schramm: *Sireitschrift gegen die Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Ein Lehrstück neokonservativer Wissenschaftspolitik, hrsg. von der Fraktion Alternative Liste im Abgeordnetenhaus, Berlin 1986.
- Hartkopf, Werner/Gerd Wangermann (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990* (= Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte 1), Berlin – Heidelberg – New York 1991.
- Honko, Jaakko: „Konzeption zum Ausbau der Ost-West-Beziehungen der Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: *Jb. der AWB 1988*, S. 198–206.
- Kewenig, Wilhelm A.: „Konzeption einer neuen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: *Jb. der AWB 1987*, S. 185–192.
- Klinkmann, Horst/Herbert Wöltge (Hrsg.): *1992 – Das verdrängte Jahr*. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992 (= Abhandlungen der Leibniz-Sozietät 2), Berlin 1999.
- Kotowski, Georg: „Vom Vorposten der westlichen Demokratie zur Stadt des Viermächte-Abkommens 1963 – 1985“, in: Otto Büsch/Wolfgang Haus/Georg Kotowski/Hans J. Reichardt, *Berliner Demokratie 1919–1985*, Bd. 2, Berlin – New York 1987, S. 207–313.
- Kreibich, Rolf: *Die Wissenschaftsgesellschaft*. Von Galilei zur High-Tech-Revolution, Frankfurt/M. 1986.
- Kuppe, Johannes: „Forcierte Gangart“, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), 2, S. 229–233.

- Laitko, Hubert (Leiter des Autorenkollektivs): *Wissenschaft in Berlin*. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987.
- Lauterbach, Günter: „Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik zwischen Bonn und Ostberlin“, in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), 4, S. 434–437.
- „Nachruf auf Prof. Dr. phil. Helmut G. Meier“, in: *Jb. der AWB* 1989, S. 314–317.
- Nötzoldt, Peter: „Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46“, in: *Dablemer Archiugespräche* 1 (1996), S. 115–130.
- Nötzoldt, Peter: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968), Diss., Berlin 1998.
- Pfab, Reinhard: „Die Integration der Akademie in die Wissenschaftslandschaft Berlins“, in: *Jb. der AWB* 1988, S. 207–218.
- „Protokolle aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin zum Gesetz über die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, 31. Sitzung, 3. November 1986“, in: *Jb. der AWB* 1987, S. 314–333.
- „Protokolle aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin zum Gesetz über die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, 32. Sitzung, 17. November 1986“, in: *Jb. der AWB* 1987, S. 335–370.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.
- Seiffert, Wolfgang: „Zur Rolle Berlins in der politischen Strategie der SED“, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), 12, S. 1273f.
- Thieme, Werner: *Fortbestand und Erneuerung der Preußischen Akademie der Wissenschaften*, Köln – Berlin – Bonn – München 1992.
- Turner, George: „Der Großrat der Spürnasen in der alten Italienischen Botschaft“, in: *Jb. der AWB* 1987, S. 177–184.
- Winter, Ekkehard: „Internationales Sommerseminar der Arbeitsgruppe ‚Erfolgsbedingungen von technischen Innovationen in Industrieländern‘“, in: *Jb. der AWB* 1989, S. 189f.
- Winters, Peter Jochen: „Die Deutschlandpolitik des Berliner Senats“, in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), 11, S. 1226–1230.